

GABRIELE ZIMMER

Es geht um mehr als einen Regierungswechsel

Die vor wenigen Wochen veröffentlichten Arbeitsmarktdaten sind auch für Thüringen als politische Bankrotterklärung der Regierenden in Bonn und in Erfurt zu betrachten. Über 231.000 Frauen und Männer, darunter mehr als 53.000 junge Menschen, sind offiziell als arbeitslos registriert. Die Arbeitslosenquote in Thüringen liegt bei 20,3 Prozent.

Selbst für Regionen, die durch eine hohe Pendlerzahl in angrenzende Altbundesländer unterhalb des Landesdurchschnitts liegen, kann die lakonische Feststellung eines Arbeitsamtsleiters nur unterstrichen werden: Die Regionen sind sterbenskrank. Allein aus Südhüringen pendeln durchschnittlich 28.000 Menschen aus, der Großteil in den Landkreis Coburg.

Entlassungen finden in allen Branchen statt, nicht nur, wie immer wieder behauptet wird, in der Bauindustrie. Die zweite Deindustrialisierungsphase hat in Thüringen längst eingesetzt.

Nachdem über das Aus für die in Thüringen ansässige Großindustrie die Zahl der Industriebeschäftigten pro tausend Einwohner unter die Hälfte derer in den Altbundesländern sank, sind es nunmehr die Klein- und Kleinstunternehmer, die in zunehmendem Maße das Handtuch werfen.

Als den Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit pries der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Köckert, die »amerikanischen Verhältnisse«, also das Eingehen mehrerer Beschäftigungsverhältnisse. Offensichtlich wollte er nicht zur Kenntnis nehmen, daß allein 1994 bereits 116.000 nichtsozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse registriert wurden! Die Arbeitsämter vermelden inzwischen einen weiteren drastischen Anstieg der Anträge auf Nebenverdienstbescheinigungen. Wir haben also bereits die »amerikanischen Verhältnisse«, von denen Herr Köckert schwärmt. Immer mehr Menschen, vor allem Frauen, werden im Handel, im verarbeitenden Gewerbe, im Gesundheitswesen, in Land- und Forstwirtschaft, im Bau, im Handwerk in ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse gedrängt.

Auch das Ausbildungs-drama von 1996 findet in diesem Jahr eine weitere Zuspitzung. Unter der Hand verkünden die Kammern, daß sie heuer nur die Hälfte der 1996 organisierten Ausbildungsplätze bereitstellen können. Was also sollte insbesondere junge Menschen in diesem Bundesland halten? Die Aussicht auf Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe, Armut, nichttendenwollende Abhängigkeit von den Eltern? Die Thüringer Arbeitsämter können nur die halbe Wahrheit verkünden, wenn sie auf die Zahl der nicht vermittelten Ausbildungsuchenden verweisen. Viele Schulabgänger gehen auf

Gabriele Zimmer – Jg. 1956,
Diplom-Sprachmittlerin;
Mitglied im Thüringer
Landtag, Frauenpolitische
Sprecherin der PDS-Fraktion.
Seit 1990 Landesvorsitzende
der PDS Thüringen, seit
1997 stellvertretende
Bundesvorsitzende der PDS.

der Suche nach einer Lehrstelle gleich in den Westen. Oder – auch das ist ein beunruhigender Trend – suchen sich Ausbildung und Perspektive bei der Bundeswehr.

Wohlweislich enthielt sich Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel anlässlich seines fünfjährigen Amtsjubiläums am 5. Februar einer öffentlichen Bilanz seines Wirkens in Thüringen. Selbst ihm, der sich mit aller Macht um das Image eines Landesvaters auch mit tatkräftiger Unterstützung der Medien bemüht, war es anscheinend peinlich, sich einen Tag vor Verkündung der neuesten Arbeitslosenzahlen feiern zu lassen. Das hindert ihn aber nicht, nach wie vor wie Vogel Strauß den Kopf in den Sand zu stecken und den Realitäten auszuweichen. Noch immer wird die Mär von den 21.000 geschaffenen Arbeitsplätzen als Verdienst der großen Koalition von CDU und SPD, die seit den 94er Landtagswahlen Thüringen regieren, aufrechterhalten. Verschwiegen wird dabei jede Aussage, welcher Art diese Arbeitsplätze sind, inwieweit es sich dabei wirklich um neu geschaffene Arbeitsplätze handelt.

Beide an der Thüringer Großen Koalition beteiligten Parteien haben ihre Wahlversprechen von 94 gebrochen. Von zielgerichteter Wirtschaftsförderung und regionaler Arbeitsmarktpolitik kann keine Rede sein. Nirgendwo herrscht ein größeres Chaos als in der Thüringer Wirtschaftspolitik. 1995 verfielen ganz einfach über 300 Mio DM Fördermittel des Bundes. Wer meint, daß Minister Schuster (CDU) gelernt hätte, irrt. Der Skandal um die Großhandelsgesellschaft »Metro«, die in Bayern ihren Standort aufgibt, dort 700 Arbeitsplätze vernichtet, sich in Thüringen mit 1.000 Arbeitsplätzen ansiedelt und dafür mit Millionenbeträgen aus dem Thüringer Wirtschaftsministerium gesponsert wird, ist in aller Munde.

Was allerdings den Erhalt bestehender Arbeitsplätze oder die Einlösung gegebener Arbeitsplatzversprechen betrifft – da scheint die Thüringer Landesregierung von absoluter Handlungsunfähigkeit geplagt zu sein. Ob bei Doctor Optic in Eisfeld, der Geraer Modedruck GmbH, der Saalfelder Maschinenfabrik – das einzige, was aus Erfurt auch in den letzten Wochen und Monaten immer wieder kommt, ist die Vertröstung der Belegschaften auf imaginäre Investoren. Bleiben diese aus, oder erweisen sie sich als Windeier, dann fühlt sich auch die Landesregierung zu nichts verpflichtet. Das mußten auch die Kalikumpel aus Bischofferode erfahren, denen Wirtschaftsminister Schuster erst kürzlich verkündete, daß über 1997 hinaus die Sondermaßnahmen für Bischofferode nicht mehr weitergeführt werden. Im Klartext heißt das: Bonn und Erfurt brechen ihre Zusage, 800 feste Arbeitsplätze als Ersatz für die Schließung der Kaligrube zu schaffen. In den letzten drei Jahren fanden, so der ehemalige Betriebsratsvorsitzende Gerhard Jüttemann, höchstens 60 Kumpel einen entsprechenden Arbeitsplatz.

Viel schärfer zeichnet sich das Bild in Thüringen jedoch, wenn ein wesentlicher Strich hinzugefügt wird. In einem vom SPD-geführten Sozialministerium offenbar über Monate hinweg zurückgehaltenen Bericht zur sozialen Situation in Thüringen kommen die Autoren zu dem Schluß, daß es nicht allein die klassischen Strukturen von Armut (Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Sozialhilfe ...) sind, die Thüringen heute prägen. Zunehmend erwächst

Armut aus Arbeit, das heißt, immer weniger Menschen sind in Thüringen gegenwärtig in der Lage, ihre Existenz über ein bestehendes Arbeitsrechtsverhältnis zu sichern.

Das Verschweigen dieses Berichtes, die Unfähigkeit der Landesregierung, wirksam struktur- und beschäftigungspolitisch zu agieren, ihre Weigerung, sich auf Bundesebene dafür zu engagieren, daß jede Stunde Arbeitszeit sozialversicherungspflichtig ist und ihr Versagen, auf die Arznei- und Heilmittelbudgetierung bezogen, zu der es in Thüringen noch immer keine Einigung gibt und die, wenn sie wie vorgesehen bis 1994 rückwirkend zur Anwendung kommt, Tausenden Physiotherapeutinnen, Krankenschwestern und Ärztinnen die berufliche Existenz kostet, politisch zu handeln – all das hat die große Koalition in Thüringen immer mehr in die Enge getrieben.

Allerdings geht der Prestigeverlust vor allem zu Lasten der Landes-SPD. Obgleich die Ergebnisse der über zweijährigen großen Koalition durch die beiden Landesvorsitzenden von CDU und SPD, Vogel und Dewes, unterschiedlich bewertet wurden – Dewes verwies zu Recht auf die Weigerung der CDU, die tatsächliche Lage im Freistaat zu analysieren und daraus Konsequenzen für die Politikgestaltung zu ziehen –, meint die SPD, in dieser Koalition die Entwicklung von Politik beeinflussen zu können.

Damit verhält es sich aber offensichtlich so wie mit einem vorwärtsfahrenden Zug, in dem jemand rückwärts läuft: Fahrtrichtung und Geschwindigkeit ändern sich dadurch nicht.

SPD-Landesvorsitzender Dewes erklärt, daß sich seine Partei, solange sie sich in der Koalition mit der CDU befindet, nicht zu einem wechselnden Stimmverhalten im Landtag durch die PDS zwingen lassen werde. So trägt sie letztendlich jede Kabinettsentscheidung mit, auch wenn sie vorher Gegenteiliges gefordert hat. Sie versucht, ihre Anhänger zu halten, indem sie im wesentlichen die Bonner Politik scharf kritisiert und zu den vielen Kröten, die sie auf Landesebene geschluckt hat, einfach schweigt. Bestenfalls ruft sie noch: Haltet den Dieb, und meint damit die PDS. Diese sei als Opposition populistisch, oberflächlich und verfüge vor allem über keine wirtschaftspolitische Kompetenz... Und so wird die SPD in der Koalition verbleiben, bis die CDU ihr die Tür weist, und darauf hoffen, daß die Wählerinnen und Wähler bei den nächsten Landtagswahlen 1999 von ganz allein auf die Idee kommen, die CDU abzuwählen.

So ist es auch kein Wunder, wenn manche Aussagen des neuen SPD-Landeschefs mehr einem Lavieren nach dem Motto, wie halte ich mir nach den nächsten Wahlen alle Türen zur Macht offen, entsprechen. Die Suche nach tatsächlichen Alternativen zum jetzigen Bonner und Erfurter Kurs auf eine andere Republik, scheint taktischem Kalkül untergeordnet zu sein. Das ist bedauerlich, da eine reine Reduzierung auf die Arithmetik von Parlamentssitzen einen möglichen Wechsel in Erfurt verhindern wird.

Trotz dieser kritischen Sicht auf die Rolle der SPD innerhalb der großen Koalition ist zu vermerken, daß mit Richard Dewes als Landesvorsitzendem der SPD ein unverkrampfterer Umgang zwischen SPD und PDS möglich wurde, beide Parteien auf kommunaler Ebene durchaus zusammenarbeiten, allmählich auch gegenseitige Akzeptanz »von unten« wächst.

In Weimar, Erfurt, Altenburg, Suhl und Jena ist da zur Zeit einiges in Bewegung geraten. Gegenwärtig wird in Erfurt die zweite Auflage einer gemeinsamen Kundgebung und ganztägigen Maifete unter dem »Oberhut« des DGB vorbereitet, an der sich SPD, PDS, Bündnis 90/Die Grünen mit eigenständigen Programmen beteiligen und gemeinsam für sich werben. In dieser Form sicher einmalig in der Bundesrepublik Deutschland...

Auf ihrem Dezember-Landesparteitag in Weimar ist es der PDS gelungen, dem drohenden Korsett, das letztendlich allein auf die Fragestellung: Koalieren – Tolerieren – Opponieren hinauslief, zu entschlüpfen. Sie hat deutlich gemacht, daß sie sich als Partei in einer konkreten Verantwortung sieht, die Debatte zu Inhalten alternativer Politik voranzutreiben. Gleichzeitig hat sie die Illusion begraben, daß allein aus der Parteienkonkurrenz heraus weitgehende und überzeugende alternative Lösungsansätze erarbeitet werden können. Es ist doch offenkundig, daß in einer solch komplizierten Situation Parteien kaum in der Lage sind, ein solch komplexes System, wie es die gegenwärtige Gesellschaft ist, zu steuern, zu beherrschen, die Entwicklungsrichtung zu ändern.

Die PDS ging mit der Vorstellung in die Öffentlichkeit, ein »linkes Reformprojekt« anzuschieben, das auf die Veränderung der Parteinahme des Staates hinzielt – weg von der Lobby für jene, die die Millionen einfahren, hin zu denen, die um ihre Existenz bangen und ringen. Weg von der Lobby für die Finanzspekulanten, hin zur wertschöpfenden Arbeit. Weg von der Lobby für den Zentralstaat, hin zur selbstbestimmten Existenz in bürgerbewegten Kommunen.

Ein Grundgedanke, der sich fast zeitgleich in der „Erfurter Erklärung“ wiederfindet und für den der Thüringer DGB-Landesvorsitzende Frank Spieth bereits auf dem Landesparteitag massiv Partei ergriff.

Die Unterzeichner der »Erfurter Erklärung« thematisieren eben nicht das Verhältnis zur PDS als die alles entscheidende Frage, sondern die Notwendigkeit, Menschen aus ihrer Beobachterposition herauszulösen und in die Politik hereinzuholen. Dazu haben die Verfasser viel Zustimmung erhalten. Quer durch Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Bürgerinitiativen. Manchen gingen die Positionen der »Erfurter« zu weit, einige wenige meinten gar, daß mit einer solchen Initiative die Stadt Erfurt Schaden nehme.

Die Thüringer PDS wird auf ihrer Tagung am 19. April versuchen, ihrerseits eine politische Antwort auf die »Erfurter Erklärung« zu geben und zugleich ihr eigenes Angebot für das Zustandekommen eines linken Reformprojektes zu untersetzen.

Wenn zu den Bundestagswahlen 1998 und zu den Landtagswahlen 1999 in Thüringen andere Mehrheiten zustandekommen sollen, dann müssen jetzt überzeugende Alternativen auf den Tisch, um vor allem jene von der Politik des Sozialabbaus, der Demokratieverweigerung Betroffenen, Menschen, die ohne Arbeit und Ausbildung sind, aus der Apathie, dem Gefühl, am Abgrund zu stehen, zu lösen und zum Handeln zu animieren.

In diesem Sinne geht es wirklich um mehr als um einen bloßen Regierungswechsel.